

XXII. GP.-NR**762/J****2003 -08- 1 2**

ANFRAGE

der Abgeordneten ~~Weininger~~ Weininger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen

betreffend die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen**

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für Frauen nicht zuletzt deswegen besonders schwierig, weil Frauen nach wie vor einen Großteil der Familienarbeit übernehmen. Vereinbarkeitsoptionen zu verbessern ist daher ein zentrales Anliegen, um Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen und die Doppelbelastung von Frauen auszugleichen. Auch sollte es gesellschaftspolitisch selbstverständlich sein, dass Menschen, die Familienarbeit übernehmen, trotzdem gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen können und keine Nachteile im Beruf haben.

Leider gibt es in Österreich nach wie vor große Defizite bei den Maßnahmen, die für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit notwendig wären. In erster Linie sind hier die fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen zu nennen. Erste Evaluierungsergebnisse betreffend das Kinderbetreuungsgeld haben überdies ergeben, dass diese Maßnahme, die ja als Meilenstein für die bessere Vereinbarkeit bezeichnet wurde, bisher vor allem die Wirkung gehabt hat, dass Kinderbetreuungsgeldbeziehende – zu ca. 98% Frauen – länger dem Berufsleben fernbleiben. Das Kinderbetreuungsgeld hat daher zunächst gerade nicht die Vereinbarkeit, das heißt das Nebeneinander von Familien- und Erwerbsarbeit gefördert. Überdies hat die Evaluierung gezeigt, dass die Beteiligung von Männern an der Kinderbetreuungsarbeit seit Einführung des Kinderbetreuungsgeldes gesunken ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Wie werden Sie sich als Frauenministerin dafür einsetzen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für all jene Frauen, die nach Geburt eines Kindes nicht ihren Beruf unterbrechen wollen, verbessert wird?
2. Was werden Sie konkret tun, um für Säuglinge und Kleinkinder (bis drei Jahre) den Ausbau von außerhäuslichen Kinderbetreuungseinrichtungen voranzutreiben und die derzeit dafür zuständigen Länder dazu anzuregen und zu motivieren?

3. Was halten Sie von dem in einigen skandinavischen Ländern praktizierten Modell einer verpflichtenden Väterkarenz in einem bestimmten Zeitumfang, das mit einem einkommensabhängigen Karenzgeldbezug gekoppelt ist?
4. Welche Maßnahmen werden Sie als Frauenministerin ergreifen, damit Haus- und Familienarbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird, sprich: damit Frauen davon entlastet und Männer verstärkt einbezogen werden?
5. Welche Konsequenzen ziehen Sie als Frauenministerin aus den Ergebnissen der ersten Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes, die zu den Hauptergebnissen kommt, dass zwar die finanzielle Absicherung der Eltern von Kleinkindern verbessert werden konnte, andererseits aber die Arbeitsmarktabsenz von Frauen dadurch verlängert wird (womit auch der Kündigungsschutz verloren geht) und überdies die Beteiligung von Männern an der Familienarbeit gesunken ist?
6. Was unternehmen Sie als Frauenministerin, damit während der von der letzten Regierung eingeführte „Familienhospizkarenz“, die fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen wird, eine finanzielle Absicherung dieser Frauen (und Männer) sichergestellt wird?
7. Sie sprechen immer wieder von der Förderung des „Unternehmens Haushalt“. Außerdem haben Sie angekündigt, dem Mutter-Kind-Pass in Hinkunft einen „Informationsscheck“ bzw. „Beratungsscheck“ beizulegen, mit dem Mütter eine gratis Berufs-/Weiterbildungs-/Wiedereinstiegsberatung in Anspruch nehmen kann.
Was meinen Sie konkret mit „Förderung des Unternehmens Haushalt“, wie definieren Sie das ‚Unternehmen Haushalt‘ und welche Maßnahmen wollen Sie dazu umsetzen?
Werden Sie die Maßnahme „Beratungsscheck“, wie oben beschrieben, umsetzen? Wenn ja, wann? Aus welchen Budgetmitteln werden die Kosten dafür abgedeckt und wie hoch sind die Kosten dafür? Wer wird diese Beratungen für Mütter durchführen? Gibt es eine diesbezüglich Ausschreibung?
8. In Ihrer Zeit als Familienministerin wurden per Ministerratsbeschluss im „Jahr der Familie 1994“ Arbeitskreise gebildet, einer davon zum Thema „Familie und Arbeitswelt“. Welche Ergebnisse legte dieser Arbeitskreis damals vor, welche halten Sie für Ihre Tätigkeit als Frauenministerin für relevant und wie sieht die Umsetzung dieser Ergebnisse aus?
9. Welche steuerlichen Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie erscheinen Ihnen sinnvoll bzw. wollen Sie umsetzen?
10. Welche Maßnahmen werden Sie als Frauenministerin ergreifen, um speziell AlleinerzieherInnen zu unterstützen?